



Pet 2-19-18-279-019450

47226 Duisburg

Nukleare Ver- und Entsorgung

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 29.10.2020 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, alle Atomkraftwerke unverzüglich auf den Stand der Technik zu bringen oder sofort abzuschalten.

Der Petent erklärt zur Begründung seines Anliegens Folgendes:

Zu seiner Anfrage bei "fragdenstaat.de" zum Stand der Technik, der aus Sicherheitsgründen bei vielen technischen Einrichtungen eingehalten werden müsse, habe man sich nicht klar geäußert. Fakt sei, dass alte Technik eine deutlich höhere Versagenswahrscheinlichkeit habe. Die Atomkraftwerke sollten zwar nur noch wenige Jahre laufen, aber in Anbetracht des Risikos durch völlig veraltete Technik sei auch dies zu lange. Das Risiko sei erheblich und der Nutzen fraglich. Atomkraftwerke seien nicht sicher; die vielen Unfälle der letzten Jahrzehnte bewiesen dies eindringlich. Die angeblich so sichere Technik sei nichts wert, wenn sie unter "Altersschwäche leide". Behörden antworteten extrem ausweichend; Atomkraft sei nie sicher gewesen und werde es auch niemals sein.

Die Eingabe wurde auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht, fand dort 165 Unterstützer und wurde in 14 Beiträgen diskutiert.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich unter Berücksichtigung einer zu der Eingabe erbetenen Stellungnahme des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) wie folgt dar:



Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 hat der Deutsche Bundestag den beschleunigten Ausstieg aus der kommerziellen Nutzung der Atomenergie in Deutschland beschlossen. Hierzu wurde die kurz zuvor verabschiedete Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke zurückgenommen und der Betrieb der verbleibenden Atomkraftwerke auf den noch erforderlichen Zeitraum zeitlich gestaffelt bis zum 31. Dezember 2022 befristet. Für die sieben ältesten Atomkraftwerke sowie das Atomkraftwerk Krümmel ist die Berechtigung zum Leistungsbetrieb mit Inkrafttreten des Gesetzes erloschen. Die verbliebenen Atomkraftwerke sind nachfolgend abgeschaltet worden oder werden schrittweise bis spätestens Ende 2022 abgeschaltet.

Unabhängig von dem Ausstiegsbeschluss ist nach Auffassung des Petitionsausschusses das hohe Maß an nuklearer Sicherheit der deutschen Kernanlagen aufrechtzuerhalten. Zum Zeitpunkt der Erteilung einer Genehmigung für die Errichtung, den Betrieb oder die wesentliche Änderung eines Atomkraftwerks ist unter anderem erforderlich, dass die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den Betrieb der Anlage getroffen ist. Anschließend unterliegen die kerntechnischen Anlagen während ihrer gesamten Lebensdauer von der Errichtung bis zur Stilllegung der kontinuierlichen staatlichen Aufsicht gemäß § 19 Atomgesetz. Oberstes Ziel der staatlichen Aufsicht ist der Schutz der Bevölkerung und der in den Anlagen beschäftigten Personen vor den mit dem Betrieb der Anlage verbundenen Risiken.

Aufsichtliche Tätigkeiten vor Ort finden nach Kenntnis des Ausschusses im normalen Leistungsbetrieb durchschnittlich einmal pro Woche und Anlage statt; zu Zeiten der Anlagenrevision mit Brennelementen oder nach besonderen Vorkommnissen gegebenenfalls auch arbeitstäglich bzw. permanent. Nach § 19 Absatz 2 Atomgesetz haben die Beauftragten der Aufsichtsbehörden sowie die zur Unterstützung zugezogenen Sachverständigen jederzeit Zugang zur Anlage. Darüber hinaus sind die Genehmigungsinhaber zu regelmäßigen Überprüfungen der sicherheitstechnischen Maßnahmen und Einrichtungen rechtlich verpflichtet und müssen den Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden regelmäßig Betriebsberichte vorlegen. Sicherheitstechnisch relevante Vorkommnisse sind den Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden nach den Vorschriften der Atomrechtlichen



Sicherheitsbeauftragten- und Meldeverordnung zu melden. Die in § 19a Atomgesetz geregelte periodische Sicherheitsüberprüfung ergänzt diese kontinuierliche Überprüfung. Dem BMU sind zurzeit keine belastbaren Zweifel hinsichtlich des Vorliegens der Genehmigungsvoraussetzungen der noch in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke in Deutschland bekannt.

Der Petitionsausschuss hält die oben dargelegte Lösung der zeitlichen Staffelung der Abschaltung der noch in Betrieb verbleibenden Atomkraftwerke für sinnvoll und angemessen. Er sieht in dieser Angelegenheit daher keinen Handlungsbedarf und empfiehlt, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde mehrheitlich abgelehnt.